

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 79

Telefax 032 627 22 69

pd@sk.so.ch

www.parlament.so.ch

## **Medienmitteilung**

### **FIKO stellt Fragen zur Einmietung des Polizeipostens in Biberist**

**Solothurn, 4. Juli 2008 – Die kantonsrätliche Finanzkommission (FIKO) wies den Entwurf zum Vertrag für die Ersatzmiete für die Kantonspolizei Solothurn – Standort Biberist an das Hochbauamt zurück, damit zusätzliche Abklärungen getroffen werden können. Dem parlamentarischen Auftrag zur stärkeren Entlastung finanzschwacher Gemeinden beim direkten Finanzausgleich stimmte sie wie schon der Regierungsrat zu.**

Die FIKO diskutierte unter der Leitung von Edith Hänggi (CVP, Meltingen) die Einmietung des Bezirkspolizeipostens in das SoBa-Gebäude in Biberist. Aufgrund infrastruktureller Defizite und personeller Veränderungen muss der Standort des Postens Biberist gewechselt werden. Beim Entwurf des Mietvertrags wird davon ausgegangen, dass der Vermieter für den Ausbau maximal 390'000 Franken investiert. Diese Ausbaurkosten werden gemäss den jetzigen Verhandlungen mit einer speziellen Verrechnung in den ersten zehn Jahren auf den Mietzins aufgerechnet. Die FIKO geht davon aus, dass eine Lösung, bei der die Investitionskosten vom Staat selber bezahlt würden, billiger wäre. Sie bittet das Hochbauamt deshalb den Mietzins unter dieser Gegebenheit neu zu berechnen und mit dem Vermieter neu zu verhandeln.

### **Änderung der Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich**

Der Auftrag Edith Hänggi (CVP, Meltingen) hat zum Ziel, finanzschwache Gemeinden zukünftig stärker zu entlasten. Die FIKO prüfte mehrere Varianten

ten. Schlussendlich stimmte sie dem Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung zu. Der Regierungsrat wird dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, bei der die Steuerungsgrössen zum direkten Finanzausgleich so festgelegt werden, dass die finanzschwachen Gemeinden entlastet werden, ohne dass diejenigen Gemeinden, im „Mittelfeld“ über Gebühr benachteiligt werden.

### **Einführung des elektronischen Dossiers (eDossier) im Bereich Ausländerfragen**

Die FIKO stimmt einem Verpflichtungskredit für die Erst-Digitalisierung der aktiven Papierdossiers im Bereich Ausländerfragen von 645'000 Franken und der jährlich wiederkehrenden Kosten von 75'000 Franken mit grossem Mehr zu. Wert legt die Kommission darauf, dass die externe Dokumentenscanning-Firma besonders auf die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen kontrolliert wird und wenn möglich eine Zertifizierung vorweisen kann.

Im Weiteren stimmt die FIKO **dem Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin** zu. Der Kanton erfüllt damit eine Vorgabe des Bundes für eine gesamtschweizerische Planung.

### **Auftrag Walter Schürch (SP, Grenchen): Änderung § 13 Staatspersonalgesetz: Infrastruktur.**

Dieser Auftrag verlangt, dass die Finanzkompetenz des Regierungsrates zum Abschluss von Mietverträgen erhöht werden soll. Die FIKO folgt dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung, vor allem auch darum, weil eine Verfassungsänderung zur Erhöhung der Finanzbefugnisse des Regierungsrates vom Parlament bereits beschlossen wurde und dem Volk am 30. November 2008 zur Abstimmung vorgelegt wird.

### **Auftrag Hans-Rudolf Lutz/SVP, Lostorf: Entscheidkompetenz des Kantonsrates in Lohnfragen**

Der Auftrag fordert, dass die Verhandlungskompetenz mit den Arbeitnehmerverbänden zwar beim Regierungsrat bleibt, aber das Ergebnis dem Kan-

tonsrat zum Beschluss vorgelegt wird und von diesem geändert werden kann. Die Kommission folgt dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung. Verhandlungen zwischen Regierungsrat und Arbeitnehmerverbänden würden bei einem solchen Vorgehen müssig.

Ebenfalls dem Antrag des Regierungsrates auf Nichterheblicherklärung folgt die FIKO **beim Auftrag der Fraktion SVP auf privatrechtliche Anstellung ohne Einschränkungen**. Die Kommission argumentiert, dass eine privatrechtliche Anstellung für das Gleichbehandlungsgebot recht problematisch wäre. Die öffentlich-rechtliche Anstellung sei im Bereich der öffentlichen Verwaltung grundsätzlich sachgerecht.